



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen GmbH

## Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
27.03.2025 ZEIT online: Atommüll: Umweltdaten werden am Zwischenlager in Gorleben erfasst	4
27.03.2025 Markt im Dritten (NDR): Gorleben: Wie wirkt sich das Zwischenlager auf die Umwelt aus?	4
27.03.2025 Elbe-Jeetzel-Zeitung Online: Mysteriöse Drohnenflüge: BI in Sorge wegen Gorleben	6
27.03.2025 tagesspiegel.de: Radioaktive Abfälle aus Großbritannien: Castor-Transport mit Atommüll ist unterwegs nach Deutschland	7
27.03.2025 NWZ online (Nordwest-Zeitung): Geheimsache Atommüll-Transport – Was wir bisher wissen	9
27.03.2025 vdi-nachrichten.com: Atommüll: Droht eine Verlängerung der Zwischenlager um 100 Jahre?	11
27.03.2025 NewsTag: Forschung zu AKW-Rückbau und sicherer Endlagerung – BASE-Forschungsagenda breit aufgestellt	13
27.03.2025 rp-online: Reaktion auf Vorstoß der Union: Akw-Betreiber halten Reaktivierung für unmöglich	13
27.03.2025 Sächsische Zeitung Online: Vattenfall will in Schweden neue Atomkraftwerke bauen	15

# EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 ZEIT online

## Atommüll: Umweltdaten werden am Zwischenlager in Gorleben erfasst

27. März 2025 12:16 | Medienart: Online | Visits/Monat: 74.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Für die Genehmigung einer längeren Einlagerung von hochradioaktiven Castor-Behältern werden Tiere und Pflanzen rund um das Zwischenlager Gorleben erfasst. (Archivbild)

Die Genehmigung für das Brennelemente-Zwischenlager in Gorleben läuft 2034 aus, für eine verlängerte Lagerzeit werden nun mögliche Auswirkungen auf Tiere und Pflanzen untersucht. Erst Mitte des Jahrhunderts soll ein **Endlagerstandort** für hochradioaktive Abfälle benannt werden. Für die Umweltverträglichkeitsprüfung lässt die Gesellschaft für Zwischenlagerung (**BGZ**) die Umgebung im Landkreis Lüchow-Dannenberg kartieren.

2026 will die **BGZ** laut Mitteilung die längere Aufbewahrung der Castor-Behälter beim **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)** beantragen. Es werde noch mehrere Dekaden dauern, bis alle Behälter an ein **Endlager** abgegeben sind. Für die Kartierung werden über eine Vegetationsperiode hinweg Umweltdaten in einem Radius von 300 Metern um das Zwischenlager erfasst.

«Wir haben die Öffentlichkeit von Beginn an informiert und mit den Menschen vor Ort in diversen Veranstaltungen über die verlängerte Zwischenlagerung diskutiert», sagte Unternehmenssprecher Burghard Rosen. Der Antrag für die verlängerte Zwischenlagerung werde sich auf die bereits vorhandenen 113 Behälter und deren Inventar beschränken, da eine weitere Einlagerung hochradioaktiver Abfälle in Gorleben nicht vorgesehen sei.

Es werde geprüft, ob der Weiterbetrieb des Zwischenlagers künftig Auswirkungen auf Menschen und Umwelt im Wendland haben kann. Um die Bevölkerung bei dem Genehmigungsverfahren zu informieren, wird die **BGZ** das weitere Vorgehen in einer Auftaktveranstaltung in diesem Jahr vorstellen, wie es weiter hieß.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Markt im Dritten (NDR)

---

## Gorleben: Wie wirkt sich das Zwischenlager auf die Umwelt aus?

27. März 2025 16:43 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Ein Fachbüro dokumentiert dafür über mehrere Monate hinweg Tiere und Pflanzen rund um die Anlage, wie die **BGZ** am Donnerstag mitteilte. Bis zum Herbst diesen Jahres - also über eine Vegetationsperiode hinweg - sollen demnach Flora und Fauna in einem Radius von 300 Metern erfasst werden.

Hintergrund ist die auslaufende Genehmigung für das Brennelemente-Zwischenlager im Jahr 2034. Bis ein geeignetes **Endlager** gefunden ist, werden voraussichtlich mehrere Jahrzehnte vergehen. Die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung will daher nach eigenen Angaben Mitte nächsten Jahres beantragen, dass der Standort Gorleben länger genutzt werden kann. Der Antrag werde sich auf die vorhandenen 113 Behälter und deren Inhalt beschränken, da eine weitere Einlagerung hochradioaktiver Abfälle in Gorleben nicht vorgesehen sei, hieß es.

"Wir haben die Öffentlichkeit von Beginn an informiert und mit den Menschen vor Ort in diversen Veranstaltungen über die verlängerte Zwischenlagerung diskutiert", betonte **BGZ**-Sprecher Burghard Rosen. "Diese transparente und proaktive Kommunikation werden wir fortsetzen." Die Ergebnisse der sogenannten Umweltverträglichkeitsprüfung werde das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** (**BASE**) öffentlich auslegen.

Gefahr aus der Luft?

# Mysteriöse Drohnenflüge: BI in Sorge wegen Gorleben

Atomkraftgegner reagieren auf Bericht über Flugobjekte

Lüchow-Dannenberg. Die nächtlichen Drohnensichtungen über dem Wendland lassen bei der Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) Lüchow-Dannenberg die Alarmglocken schrillen. Die Flugobjekte, die unter anderem über dem Lemgow und Dannenberg bemerkt wurden, hätten sicherlich nichts mit Landschaftsbildern und Hobbyaufnahmen aus der Vogelperspektive zu tun. Jüngst habe die Fernsehsendung „Report Mainz“ der ARD in einem Bericht über Aufklärungs- und Kampfdrohnen dargelegt, wie einfach es sei, mit einer Drohne „Marke Eigenbau“ Bomben einzusetzen. „Und im Wendland gibt es einen wirklich vulnerablen Punkt, für den

es bekanntlich nicht einmal ein Überflugverbot gibt. Das ist das Zwischenlager in Gorleben“, merkt die BI an. Sprecher Wolfgang Ehmke: „Das Sicherungskonzept der Betreiberfirma BGZ hinkt den Bedrohungsszenarien hinterher. Der Bau einer zehn Meter hohen Schutzwand rund um die Castorhalle in Gorleben, die aber zwanzig Meter hoch ist und deren Decke dünn ist, ist keine Lösung, das ist von Vorgestern.“ Die BI sieht das Umwelt- und Innenministerium in der Verantwortung, zumindest ein Überflugverbot einzurichten. Ehmke: „Und mit Blick auf die verlängerte Zwischenlagerung muss die BGZ liefern und ein glaubwürdiges Sicherungskon-

zept für die nächsten 80 bis 100 Jahre umsetzen.“

Erscheinungstag: 25.03.2025  
 Kategorie: [Lüchow-Dannenberg](#)  
 Standort: [Lüchow-Dannenberg](#)  
 Suche nach Piloten

[Nächtliche Drohnenflüge über dem Wendland - was steckt dahinter?](#)

[Mehrere Sichtungen in Lüchow-Dannenberg: Polizei nimmt Meldungen ernst, Innenministerium hält sich zurück](#)

Wörter:	212	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Redaktion	Ausgabe:	Einzelausgabe
Medienkanal:	ONLINE	Visits (VpD):	7.177 <sup>1</sup>
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	<a href="https://www.ejz.de/lokales/mysterioese-drohnenfluege-bi-sorge-wegen-gorleben-id417646.html">https://www.ejz.de/lokales/mysterioese-drohnenfluege-bi-sorge-wegen-gorleben-id417646.html</a>		
<sup>1</sup>	von PMG gewichtet 01-2025		



Das Zwischenlagergebäude in Gorleben. *Fotograf/-in: Aufn.: C. Mick/BGZ*

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 tagesspiegel.de

## Radioaktive Abfälle aus Großbritannien: Castor-Transport mit Atommüll ist unterwegs nach Deutschland

27. März 2025 15:41 | Medienart: Online | Visits/Monat: 42.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Sieben Castor-Behälter mit hoch radioaktivem Abfall sind auf dem Weg von Großbritannien nach Deutschland. Ein Spezialschiff habe am Mittwoch den Hafen in Barrow-in-Furness verlassen, teilten die Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) in Essen und das britische Unternehmen Sellafield Ltd mit. Die Behälter sollen über einen deutschen Hafen in das Zwischenlager in Niederaichbach (Landkreis Landshut) in Niederbayern gebracht werden. Aktuelle Nachrichten, Hintergründe und Analysen direkt auf Ihr Smartphone. Dazu die digitale Zeitung. Hier gratis herunterladen.

Die Castor-Behälter sollen vom Hafen aus in Eisenbahnwaggons weitertransportiert werden. Details zur Route des Transportes sowie zum Zeitplan werden laut GNS aus Sicherheitsgründen nicht veröffentlicht. Atomgegner haben Kundgebungen und Mahnwachen angekündigt, etwa für Sonntag in Bremen und für Montag in Göttingen.

Deutschland zur Rücknahme des Atomabfalls verpflichtet

Es handelt sich um Atomabfälle, die nach der Wiederaufarbeitung von Brennelementen aus deutschen Atomkraftwerken im britischen Sellafield übrig geblieben sind. Die Bundesrepublik Deutschland sowie die deutschen Kraftwerksbetreiber haben sich verpflichtet, diesen Abfall zurückzunehmen. Zwischen Deutschland und Großbritannien gibt es eine völkerrechtliche Vereinbarung hierzu.

Umgesetzt wird der Transport von der GNS, die die Castor-Behälter entwickelt hat und herstellt. Für die Absicherung sorgen Angaben der Polizei zufolge Bundespolizei, Bundesbereitschaftspolizei sowie Landespolizei. Auch die Reiterstaffel Berlin soll während des Transportes durch Niederbayern im Einsatz sein.

Das Zwischenlager befindet sich am Standort Isar des ehemaligen Kernkraftwerkes Isar. Dessen Block I ist 2011 abgeschaltet worden, Block II wurde 2023 vom Netz genommen. Aus diesen stillgelegten Blöcken stammten die abgebrannten Brennelemente, die bereits im Zwischenlager Isar in Castor-Behältern gelagert seien, sagte ein Sprecher des Betreibers, der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ). Nun kommen sieben Castor-Behälter mit Atomabfällen aus Sellafield hinzu. Wiederaufarbeitung in England und Frankreich

Bis zum Jahr 2005 sei es gängige Praxis gewesen, dass ein Teil der in Deutschland verbrauchten

Brennelemente in Wiederaufarbeitungsanlagen nach Frankreich und Großbritannien gebracht wurden, erläuterte die GNS. Diese Praxis wurde von der Bundesregierung 2005 gesetzlich beendet.

Aus Sellafield müssen insgesamt noch 14 Castor-Behälter zurückgenommen werden. Neben den sieben, die an den Standort Isar gehen, sollen sieben weitere nach Brokdorf (Schleswig-Holstein) gebracht werden. Sechs Behälter aus Sellafield waren bereits 2020 in Biblis (Hessen) zwischengelagert worden. Mehr zum Thema bei Tagesspiegel Plus: [Bekommt die Atomkraft eine neue Chance? Wie wahrscheinlich ist das Szenario? Wie radioaktive Abfälle zu neuer Energie werden sollen](#)

Die Rückführung von [Atommüll](#) aus der Wiederaufarbeitungsanlage im französischen La Hague ist den Angaben nach mit dem Transport von vier letzten Castor-Behältern 2024 nach Philippsburg (Baden-Württemberg) abgeschlossen worden. Mehr als 100 Behälter waren zwischen 1995 und 2011 ins Zwischenlager in Gorleben (Niedersachsen) gebracht worden.

---

Castoren in Nordenham?

# Geheimsache Atommüll-Transport – Was wir bisher wissen

Nordenham

Die Polizei hält Zeitpunkt und Route des geplanten Castor-Transports geheim. Die Castor-Gegner rechnen damit, dass der Atommüll-Frachter in wenigen Tagen in Nordenham ankommt. Das ist bisher bekannt.

- Ein Schiff wird kommen – da sind sich die Gegner der Atommüll-Transporte sicher. Sie gehen außerdem davon aus, dass die radioaktive Fracht im Nordenhamer Hafen von Rhenus Midgard verladen wird. Wann dies genau passiert, ist ungewiss. Mittlerweile steht aber fest, dass ein Spezialschiff mit sieben Castoren an Bord am Mittwoch den britischen Hafen in Barrow-in-Furness verlassen hat. Das teilte das britische Unternehmen Sellafield Ltd. mit. Das Anti-Atomkraft-Bündnis „Castor stoppen“ geht davon aus, dass das Schiff spätestens am nächsten Dienstag in Nordenham eintreffen wird.

## Aus Sellafield

Die Castor-Gegner sind sich sicher, dass die sogenannten Glaskokillen mit dem Atommüll aus der Wiederaufbereitungsanlage in Sellafield in Nordenham auf Waggons verladen und dann ins Zwischenlager Ohu/Isar bei Landshut transportiert werden. Es gebe konkrete Hinweise, dass der Transport in der 14. Kalenderwoche erfolgen soll. Das wäre ab Montag, 31. März.

## Spätestens Dienstag

Die Castor-Gegner gehen davon aus, dass die Behälter in Nordenham auf Waggons werden, was mindestens einen Tag dauern werde. Am Montagmorgen um 9 Uhr sei der AIS-Sender des Schiffes deaktiviert worden. Damit gebe es keine Möglichkeit mehr der

öffentlichen Positionsverfolgung. Dies sei ein Hinweis darauf, dass am Montag der Belade-Prozess begonnen hatte. Das Schiff werde laut Transportgenehmigung den niedersächsischen Hafen Nordenham ansteuern.

## Demonstration

Wie diese Redaktion berichtete, plant der Arbeitskreis Wesermarsch Demonstrationen in Nordenham. Wann sie genau stattfinden, hängt laut ihres Sprechers Hans-Otto Meyer-Ott davon ab, wann der Atommüll-Frachter in Nordenham ankommt. Weitere Proteste entlang der erwarteten Strecke sind in Vorbereitung, unter anderem am Sonntag, 30. März, ab 14 Uhr am Bremer Hauptbahnhof.

Die Anti-Atom-Gruppen wollen auf das ungelöste Problem des vorhandenen Atommülls aufmerksam machen. Sie beklagen: „Der geplante Castor-Transport nach Isar ist die Fortsetzung der seit Jahrzehnten stattfindenden sinnlosen Atommüllverschiebung.“ Im bayrischen Zwischenlager gebe es kein Reparaturkonzept für defekte Behälter. Die Halle sei nur bis 2047 genehmigt und nicht ausreichend gegen Einwirkungen von außen geschützt. „Ein tiefengeologisches Atommülllager wird es bis 2047 nicht geben. Bis zu einer verantwortbaren Lösung für die langfristige Lagerung der hochradioaktiven Abfäll-

le muss das Hin- und Herschieben von Atommüll unterbleiben.“

## Transportgenehmigung

Zuständig für die Absicherung des Transports ist die Landespolizei Niedersachsen. Wie die zuständige Pressestelle auf Nachfrage mitteilt, bleiben sowohl der Zeitpunkt des Transports als auch die Route aus Sicherheitsgründen geheim. Die Polizei bestätigt aber, dass die Gesellschaft für Nuklear Service (GNS) im Auftrag der deutschen Kernkraftwerksbetreiber innerhalb der ersten Jahreshälfte 2025 den Rücktransport von radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im englischen Sellafield in das staatliche Zwischenlager Isar plant. Die erforderliche Transportgenehmigung wurde am 20. Dezember vergangenen Jahres vom Bundesamt für Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) erteilt.

Die Landespolizei Niedersachsen werde die erforderlichen polizeilichen Maßnahmen in Kooperation mit weiteren beteiligten Behörden und Organisationen durchführen. Mit Blick auf mögliches Demonstrationsgeschehen geht die Polizei aufgrund der Erfahrungen aus vergangenen – ähnlich gelagerten Einsätzen – von einem grundsätzlich friedlichen Verlauf aus.

Wörter: 496  
Autor/-in: Jens Milde  
Medienkanal: ONLINE  
Mediengattung: Online News  
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Jahrgang: 2025  
Ausgabe: Einzelausgabe  
Visits (VpD): 173.249<sup>1</sup>  
Unique Users (UUpD): 32.000<sup>2</sup>

Weblink: [https://www.nwzonline.de/wesermarsch/atommuell-transport-wann-kommt-das-schiff-mit-den-castoren-atomkraft-gegner-erwarten-verladung-in-nordenham\\_a\\_4,2,174832351.html](https://www.nwzonline.de/wesermarsch/atommuell-transport-wann-kommt-das-schiff-mit-den-castoren-atomkraft-gegner-erwarten-verladung-in-nordenham_a_4,2,174832351.html)

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 01-2025

<sup>2</sup> gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+



Im Oktober 2020 wurden zuletzt Castoren im Nordenhamer Hafen vom Schiff auf Waggons verladen. *Fotograf/-in: Archiv/Gesellschaft für Nuklearservice*

Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle

## Atommüll: Droht eine Verlängerung der Zwischenlager um 100 Jahre?

Die Standortwahl für ein Atommüllendlager verzögert sich erheblich. Experten warnen daher aktuell vor langfristigen Problemen bei der nuklearen Entsorgung.

Den deutschen Atommüll für 1 Mio. Jahre sicher unter die Erde bringen: Das ist der Inhalt des 2017 vom Bundestag beschlossenen Standortauswahlgesetzes, kurz StandAG. Doch schon der erste Zielpunkt wurde schnell gestrichen: Im Jahr 2031 sollte der Endlagerstandort festgelegt sein. Von der für die Endlagerung zuständigen [Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH](#) (BGE) wurden inzwischen Festlegungszeiträume genannt, die bis in die 70er-Jahre dieses Jahrhunderts reichen. Doch erst danach kann das Endlager gebaut und noch später kann es erst befüllt werden.

Über die Frage, ob die Standortauswahl schneller gehen kann – wenn nicht sogar muss –, war vergangenen November beim 3. Forum Endlagersuche in Würzburg „lebhaft diskutiert“ worden, wie BGE und deren Aufsichtsbehörde BASE, [das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung](#), danach unisono verkündeten. Denn kurz vor dem Forum hatte das BASE ein „[Konzept für die Beteiligung in Phase I der Endlagersuche](#)“ veröffentlicht, zur „öffentlichen Konsultation eingeladen“ und sich „Fragen, Anregungen und Kritik zum Konzept“ gewünscht.

### Endlagersuche: Kritik am Beteiligungskonzept

Laut Ina Stelljes, Leiterin der Abteilung Beteiligung beim BASE, sind die insgesamt 17 schriftlich eingegangenen Stellungnahmen mit 184 Hinweisen „ein gutes Zeichen“ für das im StandAG genannte „lernende Verfahren“ bei der Endlagersuche. Die „alles qualitativ sehr hochwertigen, gehaltvollen Rückmeldungen“ wurden jedenfalls durch BASE bewertet. Das danach

erstellte „konsultierte Beteiligungskonzept“ wurde bei einer Onlinerunde am 24. März präsentiert.

Hier konnten alle, die eine Stellungnahme eingereicht hatten, ihre Ideen nochmals vorbringen. Dabei kritisierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer, das BASE lege die gesetzlich vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung zu bürokratisch aus. Ein Teilnehmer formuliert es so: „Dieses Beteiligungskonzept ist wie eine Gabel für eine Suppe.“

### Lange Endlagersuche könnte Zwischenlager noch in 100 Jahren nötig machen

Elske Bechthold, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe „Endlagerung als soziotechnisches Projekt“ vom Ex-Atomforschungszentrum am KIT, nannte „die gewollte Beteiligung das Ergebnis der Vorgeschichte“ (Anm. d. Red.: Dies bezieht sich auf das Endlager im Wendland ohne Bürgerbeteiligung). Die Kommunikationsexpertin betont: „Aber diese Top-Down-Regelung ist nicht hilfreich. Die Betroffenen sind wirklich einzubeziehen, nicht nur bei Erörterungsterminen. Das Pflichtprogramm leidet, wenn man die Kür vernachlässigt.“ Die Vertreterin des KIT forderte die komplette Neustrukturierung.

Jan Warode vom Umweltverband BUND ging noch einen Schritt weiter: „Beteiligung muss gelebt werden, darf nicht Selbstzweck sein. Und Zwischenlager und Endlager müssen zusammen gesehen werden.“ Denn alle über die Republik verteilten Atommüllzwischenlager für hoch radioaktive Abfälle „müssen

weiterbetrieben werden, bis ein entsprechendes Endlager zur Verfügung steht“, wie das niedersächsische Energieministerium kürzlich auf eine Medienanfrage mitteilte. Auf die Frage, ob dies möglicherweise noch 100 Jahre dauere, antwortete das Ministerium mit „Ja“.

### Zwischenlager werden in den nächsten Jahren absehbar immer voller

Dabei sind besagte Zwischenlager an den ehemaligen Kernkraftwerksstandorten. Sollte das Endlager erst im 22. Jahrhundert befüllt sein, müssten für alle Zwischenlager mindestens noch zwei Verlängerungen beantragt werden. Dabei weiß bislang niemand wirklich, wie sich das in den dort stehenden Castorbehältern eingelagerte Brennmaterial über so einen langen Zeitraum verhält. In Schweden sind 2024 erste Untersuchungen dazu gestartet, .

Viele Zwischenlager werden in den nächsten Jahren ohnehin immer voller. Denn laut dem Atomgesetz müssen hoch radioaktive Abfälle aus der Wiederaufarbeitung im Ausland wieder zurückgeholt werden. Irgendwann in diesem Frühjahr 2025 sollen sieben gefüllte Castorbehälter aus der britischen Nuklearanlage Sellafield in das Zwischenlager am ehemaligen Kernkraftwerk Isar in Niederbayern kommen. Die Bevölkerung dort sei „nicht begeistert“, heißt es in einem dpa-Bericht. Deutscher hoch radioaktiver Abfall aus Kernkraftwerken wurde nach Sellafield verschifft, um dort wiederaufgearbeitet zu werden. Die Reste, dazu hatten sich die

Betreiber und Deutschland verpflichtet, werden wieder zurückgenommen.

### Wissenschaft fordert mehr Transparenz bei Endlagersuche

Dennoch finden sich in der „konsultierten Stellungnahme“ die Zwischenlager augenscheinlich „unter ferner liefen“. Lediglich eine von 17 „Maßnahmen“ sieht das Papier dafür aktuell vor: Das „Informations-, Dialog- und Bildungsangebot national 4.4: Zwischenlager-Dialog Standortauswahlverfahren“. Bis die BGE konkret mögliche Standortregionen vorschlägt, sollen „Bedarfe von Kommunen und Regionen mit Zwischenlagerstandorten erhoben und in den Vorbereitungsprozess für Regionalkonferenzen und für die Fachkonferenz Rat der Regionen eingebunden werden“, so die Vorstellung des BASE. Wobei das Amt den bislang anvisierten Termin für den Start der sogenannten „Regionalkonferenzen“ nun bereits relativierte: Nach den für das erste Quartal 2027 vorgesehenen Endlager-Regions-Vorschlägen durch die BGE solle Zeit für die Regionen bleiben, sich auf die Konferenzen

vorzubereiten – konkreter wurde die BASE-Aussage nicht.

Die Politik- und Umweltwissenschaftlerin Dörte Themann beschäftigt sich in ihrer Doktorarbeit an der Freien Uni FU Berlin mit „Vergleichender Politikwissenschaft, Schwerpunkt Umwelt- und Klimapolitik“ und konkret mit der Endlagersuche. Auch sie hatte eine Stellungnahme abgegeben. Bei besagter Onlineveranstaltung schlug sie dem BASE eindringlich vor: „Nehmen Sie das Angebot der Öffentlichkeit für Beteiligung an. Das ist sehr wertvoll. Und machen Sie das Verfahren transparenter“ – für Privatleute und die Fachwelt.

### Prozess der Endlagersuche bringt derzeit noch zu wenig Klarheit

Aber bei der Vorstellung des konsultierten Beteiligungskonzepts konnte man den Eindruck gewinnen: BASE hat nicht einmal die Ergebnisse der von dem Amt selbst finanzierten EWident-Studie gelesen. Dabei wurden für eine Viertelmillion Euro „Wiederholte repräsentative Erhebungen: Wissen, Einstellungen und Bedarfe“ zur Endlagersuche

durchgeführt. Im Konsultationspapier ist selbst Hans Hagedorn vieles „zu vage; lieber mal ein klares Ja oder Nein wäre besser gewesen“. Hagedorn, der vom Nationalen Begleitgremium (NBG) benannte „Partizipationsbeauftragte“, beklagte das Herumdrehen um eindeutige Antworten genauso wie das „Verschieben auf später“.

„Es darf nicht zum Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden“: So hatte bereits eine Woche zuvor der Physiker Daniel Lübbert vom ehrenamtlich tagenden „Planungsteam Forum Endlagersuche“ (PFE) den Zeitplan der Standortauswahl kritisiert. Doch viel Hoffnung für eine Straffung des Zeitplans sowie auf bessere Beteiligung kam bei der Konferenz diesen Montag nicht auf. Evelyn Bodenmeier, Fachgebietsleiterin Fach- und Regionalkonferenzen des BASE, vertröstete die weit über 200 Teilnehmenden auf das nächste „Forum Endlagersuche im November in Hannover“. Da werde das Beteiligungskonzept konkret evaluiert.

Wörter: 900  
Autor/-in: Heinz Wraneschitz  
Medienkanal: ONLINE  
Mediengattung: Online News  
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Jahrgang: 2025  
Ausgabe: Einzelausgabe  
Visits (VpD): 4.000<sup>1</sup>

Weblink: <https://www.vdi-nachrichten.com/technik/energie/atommuell-droht-eine-verlaengerung-der-zwischenlager-um-100-jahre/>



EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 NewsTag


## Forschung zu AKW-Rückbau und sicherer Endlagerung – BASE-Forschungsagenda breit aufgestellt

27. März 2025 12:04 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die Inhalte der Forschungsagenda decken ein breites Spektrum ab: Vom sicheren Betrieb und der Stilllegung nuklearer Anlagen über Zwischenlagerung bis hin zur Endlagerung radioaktiver Abfälle. Auch Sicherheitsfragen alternativer Reaktorkonzepte und Ent... Die Inhalte der Forschungsagenda decken ein breites Spektrum ab: Vom sicheren Betrieb und der Stilllegung nuklearer Anlagen über Zwischenlagerung bis hin zur Endlagerung radioaktiver Abfälle. Auch Sicherheitsfragen alternativer Reaktorkonzepte und Entsorgungsoptionen werden in den kommenden Jahren weiter in den Fokus rücken. Dabei spielt der Einsatz von künstlicher Intelligenz eine zunehmend wichtige Rolle. Besonderes Merkmal der Forschung am BASE ist, dass die Fachthemen sowohl aus einer technischen als auch ...

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 rp-online

## Reaktion auf Vorstoß der Union: Akw-Betreiber halten Reaktivierung für unmöglich

27. März 2025 13:58 | Medienart: Online | Visits/Monat: 48.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Berlin · Für zwei Betreiberfirmen von Kernkraftwerken in Deutschland ist die von der Union angestrebte Reaktivierung ihrer Anlagen kein Thema. Der Rückbau der Anlagen sei so weit fortgeschritten, dass er „praktisch gesehen irreversibel“ sei. Eine Sprecherin des Energieunternehmens Preussen Elektra sagte dem Portal „Business Insider“ nach Angaben vom Donnerstag, das Unternehmen konzentriere sich auf die Stilllegung und den Abbau seiner acht Kernkraftwerke. Auch der Energiekonzern EnBW lehnt einen Stopp des Rückbaus seiner Atomkraft-Anlagen ab. Vertreterinnen und Vertreter von CDU/CSU hatten sich in der Arbeitsgruppe Klima und Energie in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD für die Möglichkeit eines

Wiedereinstiegs in die Kernkraft ausgesprochen. Es werde „schnellstmöglich eine fachliche Bestandsaufnahme“ angestrebt, formulierten die Unions-Verhandler im Abschlusspapier der Arbeitsgruppe. Diese soll prüfen, „ob angesichts des jeweiligen Rückbaustadiums eine Wiederaufnahme des Betriebs der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke unter vertretbarem technischem und finanziellem Aufwand noch möglich ist“.

INES - Internationale Bewertungsskala für nukleare Ereignisse

Infos Foto: centertv „Bis dahin soll der Rückbau der Anlagen umgehend, möglichst durch eine freiwillige Vereinbarung mit den Betreiberunternehmen, gestoppt werden“, schrieben CDU/CSU weiter. Einigkeit besteht bei den möglichen künftigen Koalitionspartnern aber nicht: Die SPD machte sich die Forderungen nicht zu eigen. Bei Preussen Elektra und EnBW stoßen die Unions-Forderungen auf wenig Gegenliebe. In allen ihrer Anlagen sei der Rückbau in vollem Gang, sagte die Sprecherin von Preussen Elektra „Business Insider“. „Die Anlagen sind technisch praktisch nicht mehr reaktivierbar. Insofern haben wir uns mit einem Rückbaustopp und etwaigen Kosten nicht auseinandergesetzt.“ Hintergründe und Eindrücke aus dem Berliner Politikbetrieb. Jede Woche, immer freitags, neu zusammengestellt von unserer Hauptstadt-Redaktion. Ein EnBW-Sprecher verwies auf die geltende Rechtslage, wonach mit den deutschen Kernkraftwerken kein Strom mehr produziert werden darf. „Das Gesetz schreibt darüber hinaus den unverzüglichen Rückbau vor“, betonte der Sprecher. Die fünf Kernkraftwerke von EnBW hätten keine Betriebsgenehmigung mehr für die Stromproduktion, es gäbe keine Grundlage, sie wieder in Kraft zu setzen. Der Rückbau der Anlagen sei so weit fortgeschritten, dass er „praktisch gesehen irreversibel“ sei. Der Ausstieg aus der Atomkraft war in Deutschland 1998 von der rot-grünen Bundesregierung beschlossen worden. 2009 verlängerte die schwarz-gelbe Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel die Laufzeiten der Kraftwerke deutlich. Nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima 2011 wurde der Ausstieg deutlich beschleunigt. Die letzten Kraftwerke wurden schließlich im Frühjahr 2023 abgeschaltet, nachdem die Ampel-Koalition ihre Laufzeiten nochmal um einen kurzen Zeitraum verlängert hatte. Eins dieser drei Kraftwerke war das Kernkraftwerk Neckarwestheim von EnBW.

Castor-Behälter auf dem Weg nach Deutschland Derweil sind sieben Castor-Behälter mit hoch radioaktivem Abfall sauf dem Weg von Großbritannien nach Deutschland. Ein Spezialschiff habe am Mittwoch den Hafen in Barrow-in-Furness verlassen, teilten die Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) in Essen und das britische Unternehmen Sellafield Ltd mit. Die Behälter sollen über einen deutschen Hafen in das Zwischenlager in Niederaichbach (Landkreis Landshut) in Niederbayern gebracht werden. Die Castor-Behälter sollen vom Hafen aus in Eisenbahnwaggons weitertransportiert werden. Details zur Route des Transportes sowie zum Zeitplan werden laut GNS aus Sicherheitsgründen nicht veröffentlicht. Atomgegner haben Kundgebungen und Mahnwachen angekündigt, etwa für Sonntag in Bremen und für Montag in Göttingen.

Zur Rücknahme des Atomabfalls verpflichtet Es handelt sich um Atomabfälle, die nach der Wiederaufarbeitung von Brennelementen aus deutschen Atomkraftwerken im britischen Sellafield übrig geblieben sind. Die Bundesrepublik Deutschland sowie die deutschen Kraftwerksbetreiber haben sich verpflichtet, diesen Abfall zurückzunehmen. Zwischen Deutschland und Großbritannien gibt es eine

völkerrechtliche Vereinbarung hierzu. Umgesetzt wird der Transport von der GNS, die die Castor-Behälter entwickelt hat und herstellt. Für die Absicherung sorgen Angaben der Polizei zufolge Bundespolizei, Bundesbereitschaftspolizei sowie Landespolizei. Auch die Reiterstaffel Berlin soll während des Transportes durch Niederbayern im Einsatz sein. Das Zwischenlager befindet sich am Standort Isar des ehemaligen Kernkraftwerkes Isar. Dessen Block I ist 2011 abgeschaltet worden, Block II wurde 2023 vom Netz genommen. Aus diesen stillgelegten Blöcken stammten die abgebrannten Brennelemente, die bereits im Zwischenlager Isar in Castor-Behältern gelagert seien, sagte ein Sprecher des Betreibers, der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ). Nun kommen sieben Castor-Behälter mit **Atomabfällen** aus Sellafield hinzu.

Wiederaufarbeitung in England und Frankreich Bis zum Jahr 2005 sei es gängige Praxis gewesen, dass ein Teil der in Deutschland verbrauchten Brennelemente in Wiederaufarbeitungsanlagen nach Frankreich und Großbritannien gebracht wurden, erläuterte die GNS. Diese Praxis wurde von der Bundesregierung 2005 gesetzlich beendet. Aus Sellafield müssen insgesamt noch 14 Castor-Behälter zurückgenommen werden. Neben den sieben, die an den Standort Isar gehen, sollen sieben weitere nach Brokdorf (Schleswig-Holstein) gebracht werden. Sechs Behälter aus Sellafield waren bereits 2020 in Biblis (Hessen) zwischengelagert worden. Die Rückführung von **Atom Müll** aus der Wiederaufarbeitungsanlage im französischen La Hague ist den Angaben nach mit dem Transport von vier letzten Castor-Behältern 2024 nach Philippsburg (Baden-Württemberg) abgeschlossen worden. Mehr als 100 Behälter waren zwischen 1995 und 2011 ins Zwischenlager in Gorleben (Niedersachsen) gebracht worden.

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Sächsische Zeitung Online

## Vattenfall will in Schweden neue Atomkraftwerke bauen

27. März 2025 17:44 | Medienart: Online | Visits/Monat: 8.600.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Hannover. Jetzt bekennt sich Vattenfall ganz offiziell dazu: Der staatliche Energieriese will neue **Atomkraftwerke** in Schweden bauen. Das kündigte das Unternehmen am Donnerstag an. Wenige Stunden zuvor hatte die bürgerlich-konservative Minderheitsregierung und die sie stützenden rechten Schwedendemokraten einen Gesetzentwurf vorgelegt, aus dem hervorgeht, wie der Bau neuer Kernkraftwerke im nordischen Königreich künftig finanziert werden soll.

Weiterlesen nach der

Das neue Gesetz sieht vor, dass der schwedische Staat Geld am Kapitalmarkt aufnimmt und diese Gelder dann an Firmen weiterverleiht, die Kernkraftwerke bauen wollen. Finanzmarktminister Niklas Wykman hob bei einer Pressekonferenz in Stockholm hervor, dass der Staat anders als private Unternehmen das Geld zu einem recht günstigen Zinssatz bekommen werde. Die Darlehen müssten später vollständig zurückgezahlt werden, sagte Wykman.

Schweden will Geld für vier neue Reaktoren bereitstellen

Stockholm will bis zu 300 Milliarden schwedische Kronen bereitstellen. Das entspricht umgerechnet etwa 27,7 Milliarden Euro. Damit können laut Wykman bis zu vier neue große Reaktoren finanziert werden. Weiterlesen nach der

Energieministerin Ebba Busch zufolge sei der Neubau von Atomkraftwerken wichtig, damit es in ihrem Land auch künftig eine stabile Energiebasis gebe. „Kernkraft ist eine fossilfreie und planbare Grundversorgung“, betonte sie. Das neue Gesetz soll laut Regierung noch im Sommer vom Parlament beschlossen werden. Förderanträge sollen dann ab dem 1. August gestellt werden können.

Desirée Comstedt, bei Vattenfall zuständig für alle Kernkraft-Projekte, kündigte im Gespräch mit Sveriges Radio an, im Herbst einen entsprechenden Antrag bei der Regierung stellen zu wollen. Unter ihrer Führung hatte der schwedische Energieriese bereits 2022 mit Machbarkeitsstudien für einen Neubau am Standort Ringhals etwa 60 Kilometer südlich von Göteborg begonnen. Nach eigenen Angaben hat das Unternehmen dort bereits Grundstücke erworben, um die Anlage ausbauen zu können.

An den beiden bestehenden Reaktoren in Ringhals besitzt Vattenfall knapp 70 Prozent. Comstedt ließ offen, ob Vattenfall einen Kraftwerksneubau alleine oder im Schulterchluss mit Partnern angehen wolle. Als Zeitplan visiert der Konzern an, „den ersten Reaktor frühestens Mitte der 2030er Jahre in Betrieb zu nehmen“.

Vattenfall baut größten deutschen Offshore-Windpark

Erst vor einigen Tagen hatte Vattenfall bekannt gegeben, massiv in Offshore-Windparks an der deutschen Nordseeküste zu investieren. Der Baubeginn für die Windparks Nordlicht 1 und 2 ist für das Jahr 2026 geplant. Die Windparks sollen 2028 in Betrieb genommen werden. Nordlicht 1 soll das größte Offshore-Windprojekt hierzulande werden. Als Widerspruch sieht der Staatskonzern sein Atom-Engagement im heimischen Markt nicht: „Vattenfall ist der Ansicht, dass alle Energiequellen benötigt werden, um die zukünftige Nachfrage nach fossilfreiem Strom zu decken“, heißt es auf der Unternehmenswebsite. Weiterlesen nach der

Derzeit kommt rund ein Drittel des Stroms in Schweden aus Kernreaktoren. Den Rest liefern Wasser- und Windkraft. Fossile Energieträger wie Gas und Kohle spielen in Schweden praktisch keine Rolle. Ginge es nach der Regierung, könnte der Anteil der Kernkraft auf bis zu 50 Prozent am Strommix steigen. Sie hatte zuletzt auch ein Gesetz auf den Weg gebracht, das den Abbau von Uran im Königreich wieder erlaubt. Die Mehrheit der Schwedinnen und Schweden befürwortet laut Umfragen die zivile Nutzung der Atomkraft.

Auch die mächtigen Gewerkschaften bekennen sich klar zu dieser Energiequelle.

---